

## Kulturausschuss

(3. - öffentliche - Sitzung am 12. Januar 2018)

### Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes**  
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 18/37](#)

dazu gemäß § 23 Abs. 1 Satz 2 GO LT:

#### **Bildung am Anfang stärken**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/32](#)

Das Ausschussmitglied der FDP-Fraktion beantragte, zu dem Gesetzentwurf und zu dem Antrag eine Anhörung durchzuführen. Der Ausschuss lehnte dies mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der SPD und der CDU gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der Grünen, der FDP und der AfD ab.

Mit gleichem Stimmenverhältnis sprach sich der Ausschuss dafür aus, die Beratungen des Gesetzentwurfs und des Antrages abzuschließen.

Vorbehaltlich der Zustimmung der - mitberatenden - Ausschüsse für Rechts- und Verfassungsfragen sowie für Haushalt und Finanzen empfahl

der - federführende - Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf der Fraktion der FDP in der Drucksache 18/37 abzulehnen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, GRÜNE

*Ablehnung:* FDP, AfD

*Enthaltung:* -

Berichterstattung (schriftlicher Bericht): Abg. Christoph Bratmann (SPD).

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den - mitberatenden - Ausschuss für Haushalt und Finanzen empfahl der - federführende - Ausschuss dem Plenum des Landtages, den Antrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 18/32 abzulehnen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, GRÜNE

*Ablehnung:* FDP, AfD

*Enthaltung:* -

2. **Erzieherinnen- und Erzieherberuf attraktiver machen - Erzieherinnen- und Erzieherausbildung weiterentwickeln und nicht abwerten**  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/46](#)

Der Ausschuss stellte die Beratung des Antrages auf Wunsch des Ausschussmitgliedes der Fraktion der Grünen zurück.

### 3. Termine

Der Ausschuss besprach Terminfragen. Seitens der Koalitionsfraktionen wurde angekündigt, für den Plenarsitzungsabschnitt vom 24. bis 26. Januar 2018 den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes einzubringen. Der Ausschuss nahm in Aussicht, am 8. und 9. Februar in jeweils ganztägigen Sitzungen eine Anhörung zu diesem Gesetzentwurf durchzuführen und die Ausschussberatung am 16. Februar 2018 abzuschließen. Er bat die Sprecher der Fraktionen, sich am Rande des ersten Plenarsitzungstages am 24. Januar über den Kreis der Anzuhörenden zu verständigen und gegebenenfalls der Landtagsverwaltung vorab den Kreis der Institutionen zu benennen, um diesen vorzeitig über die Anhörungstermine informieren zu können. Er kam überein, dann in einer Sondersitzung am 25. Januar 2018 formell über die Anhörung zu beschließen.

#### **Außerhalb der Tagesordnung**

Von dem Mitglied der FDP-Fraktion wurden Unterrichtungen durch die Landesregierung zu den Entwicklungen der Unterrichtsversorgung an niedersächsischen Schulen im zweiten Halbjahr 2017/2018 sowie zu den Ergebnissen der Studie „Zur Entwicklung der Gewalt in Deutschland - Schwerpunkte: Jugendliche und Flüchtlinge als Täter und Opfer“ beantragt. Der Ausschuss stimmte den Unterrichtungswünschen einvernehmlich zu. Als Termin nahm er den 9. März in Aussicht.